

Unverkäufliche Leseprobe aus:

Sabrow, Martin

Das Auswärtige Amt und seine umstrittene Vergangenheit

Eine deutsche Debatte

Alle Rechte vorbehalten. Die Verwendung von Text und Bildern, auch auszugsweise, ist ohne schriftliche Zustimmung des Verlags urheberrechtswidrig und strafbar. Dies gilt insbesondere für die Vervielfältigung, Übersetzung oder die Verwendung in elektronischen Systemen.

© S. Fischer Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Inhalt

Einleitung

Das Auswärtige Amt und seine umstrittene Vergangenheit	9
Christian Mentel und Martin Sabrow	

Dokumentation

I Vorab-Reaktionen	49
II Zwischen Kritik und Zustimmung	101
III Die Phase der Polarisierung	157
IV Auf dem Höhepunkt der Konfrontation	221
V Beginnende Verfälschung	285
VI Nachhutgefechte	367

Resümees

»Das Amt und die Vergangenheit«. Wirkungen eines Buches	401
Eckart Conze, Norbert Frei, Peter Hayes und Moshe Zimmermann	
Vergängliches und Unzulängliches	403
Rainer Blasius	
Ohne Zorn und Eifer	405
Hans-Jürgen Döscher	

Das Auswärtige Amt und seine umstrittene Vergangenheit

Christian Mentel und Martin Sabrow

Im sechsten Jahrzehnt nach seiner Neubegründung wurde das Außenministerium der Bundesrepublik Deutschland von der Vergangenheit eingeholt. Der im letzten Jahr der Ära Rot-Grün ausgetragene Streit um die Nachrufpraxis des Auswärtigen Amtes führte zur Einsetzung einer Historikerkommission, die sich mit der nationalsozialistischen Verstrickungsgeschichte des Ministeriums und gleichermaßen mit seiner postdiktatorischen Bewältigungsgeschichte nach 1945 befasste. Fünf Jahre später, im Jahr 2010, legte die Kommission ihren Bericht in einer detaillierten Studie vor und löste damit eine Zeitgeschichtskontroverse aus, deren Intensität sie in eine Reihe mit den zahlreichen Historikerdebatten stellt, die die Geschichte der Bundesrepublik seit den sechziger Jahren begleitet haben.

Die umstrittene Studie »Das Amt und die Vergangenheit – Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik«¹ befasste sich mit dem traditionsreichsten aller deutschen Ministerien. Begründet 1870 und damit schon vor dem Deutschen Reich selbst, behielt das Auswärtige Amt seine Bezeichnung ungeachtet der Aufwertung von einem nachgeordneten Reichsamt zu einem eigenständigen Reichsministerium und trotz aller Brüche der deutschen Geschichte vom Kaiserreich über die Weimarer Demokratie und die nationalsozialistische Diktatur bis hin zur Bundesrepublik unverändert bei. Dass das bundesdeutsche Außenministerium im März 1951 unter dem altbekannten Namen errichtet wurde, entsprach dem kontinuierätsbewussten Geist des Hauses sowie dem Selbstverständnis vieler Diplomaten, die bis in die 1930er Jahre hinein mehrheitlich aus adligen, nationalkonservativ orientierten Familien stammten, ihren Dienst mit einem elitären Anspruch versahen

1 Eckart Conze/Norbert Frei/Peter Hayes/Moshe Zimmermann, Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, München 2010.

und der Außenpolitik eine herausgehobene Stellung im Vergleich zu anderen Ressorts zumaßen.

Dies schützte das Auswärtige Amt (AA) nicht davor, ebenso wie andere Behörden und staatliche Einrichtungen zwischen 1933 und 1945 in die verbrecherische und letztlich genozidale Gewaltpolitik des »Dritten Reichs« verstrickt zu werden. Das Ministerium bildete einen aktiven und regimeloyalen Teil des nationalsozialistischen Herrschaftssystems, und nur in wenigen Fällen rangen sich Angehörige des AA zu oppositionellem Handeln durch, so stark auch in vielen Fällen die äußere Loyalität mit innerer Distanz verbunden gewesen sein mochte. Dennoch – oder gerade deswegen – wurde bereits vor der Wiederbegründung des Ministeriums nach 1945 im Umfeld ehemaliger Diplomaten ein exkulpatorisches Selbstbild geprägt, das sowohl die individuelle als auch die institutionelle Mitwirkung des Amts und seiner Angehörigen an Unrecht und Zivilisationsbruch zu relativieren bemüht war. Der beschönigenden Selbstsicht zufolge sei – abgesehen von wenigen nationalsozialistischen Quereinsteigern – das AA auch während der Jahre der NS-Diktatur im Kern »gesund« geblieben, und es habe sogar einen »Hort des Widerstands« gegen das Regime gebildet, auch wenn dieser überwiegend erfolglos geblieben sei.

Nicht nur innerhalb des 1951 wiedergegründeten AA, in dem wie andernorts in großer Zahl auf das Personal der NS-Zeit zurückgegriffen wurde, sondern auch für dessen Außendarstellung besaß dieses Entlastungsnarrativ noch Jahrzehnte später beherrschenden Einfluss. Dass das Bild der im Grunde »anständig« gebliebenen – und im AA breit vertretenen – traditionellen Führungsschicht in der Öffentlichkeit nachhaltig verankert wurde, war nicht zuletzt auf Fürsprecher in der Publizistik zurückzuführen, so besonders in der Wochenzeitung *Die Zeit*. Flankiert wurde diese Erzählung durch das Politische Archiv des Auswärtigen Amts, das bis heute eine Sonderstellung unter den hauseigenen Archiven der Ministerien einnimmt. Während alle anderen Ministerien ihre Altakten an das Bundesarchiv abgeben, das diese Unterlagen aufbereitet, verwahrt und zugänglich macht, verwaltet das AA als einziges Bundesministerium bis heute seine bis ins 19. Jahrhundert zurückreichenden Akten selbst. Klagen von Historikern über mangelnde Unterstützung seitens des Politischen Archivs, über verschwundene

oder nicht zugängliche Akten wurden – zumindest bis zur Implementierung des Bundesarchivgesetzes Ende der 1980er Jahre – nicht nur vereinzelt laut.

Das Fortwirken jener Entlastungsbehauptung, die innerhalb der Geschichtswissenschaft seit langem ins Reich der Legende verwiesen und auch vom AA spätestens seit den 1990er Jahren nicht mehr ernsthaft vertreten wurde, dürfte ein wesentlicher Grund für die große öffentliche Aufmerksamkeit gewesen sein, die dem Schlussbericht der Historikerkommission gleich nach seinem Erscheinen im Oktober 2010 zuteil wurde. Der 880 Seiten starke Band brachte es in sechs Auflagen auf 80.000 Verkaufsexemplare² und erzeugte ein Maß an medialer Aufmerksamkeit, das für institutionengeschichtliche Studien ganz außergewöhnlich ist. Rasch wuchs sich die öffentliche Diskussion zu einer heftigen publizistischen Auseinandersetzung über zeitgeschichtliche Bewertungsfragen aus, wie sie seit dem 1996 erschienenen Band »Hitlers willige Vollstrecker« von Daniel Goldhagen keine andere fachhistorische Veröffentlichung mehr ausgelöst hatte.

In ihrer Studie kommen die 16 für das Werk verantwortlichen Historiker³ zu dem Ergebnis, dass sich das AA aktiv an NS-Verbrechen beteiligt habe – deutsche Diplomaten seien nicht nur zu Mitwissern, sondern zu Mittätern geworden. Nicht zuletzt aufgrund der hohen Personalkontinuität zwischen dem Außenministerium des »Dritten Reichs« und der Bundesrepublik habe sich zudem ein Geschichtsbild innerhalb des AA durchgesetzt, das diese Vergangenheit ausgeblendet und umgedeutet, historische Belastungen relativiert und minimiert habe. Dieser zentralen Aussage der Studie wurde nicht widersprochen, und sie war in ihren Grundzügen auch keineswegs neu. Dennoch entwickelte sich

- 2 Schriftliche Auskunft des Blessing-Verlags vom 8. Mai 2013. Nachdem eine im März 2011 herausgegebene Lizenzausgabe der Bundeszentrale für politische Bildung schon bald vergriffen war, erschien im Februar 2012 im Pantheon-Verlag eine Taschenbuchausgabe von »Das Amt und die Vergangenheit«, in der die Autoren in einem aktuellen Vorwort auf die kontroverse Aufnahme ihrer Studie eingingen.
- 3 Neben den vier Herausgebern und verantwortlichen Hauptautoren Eckart Conze, Norbert Frei, Peter Hayes und Moshe Zimmermann führt die Studie folgende Mitverfasser auf: Jochen Böhler, Irith Dublon-Knebel, Astrid M. Eckert, Norman Goda, William Gray, Lars Lüdicke, Thomas Maulucci, Katrin Paehler, Jan Erik Schulte, Daniel Stahl, Annette Weinke und Andrea Wieshoff.

in den großen Zeitungen und nicht zuletzt im Hörfunk rasch eine Debatte über den Kommissionsbericht, in der die Kontrahenten in ihrer Kritik und Gegenkritik, in ihren wechselseitigen Vorwürfen bis hin zu persönlichen Angriffen in einer Schärfe gegeneinander vorgingen, die aus längst vergangenen Tagen der postdiktatorischen Vergangenheitsbewältigung zu stammen schien. Nicht nur Zeithistoriker und Vertreter ihrer Nachbardisziplinen, sondern auch Journalisten, Publizisten, ehemalige politische Amtsträger und AA-Angehörige meldeten sich zu Wort. Gestritten wurde insbesondere darüber, ob Repräsentanten des AA die von der Historikerkommission beschriebene maßgebliche Rolle in Bezug auf den Holocaust tatsächlich eingenommen hätten und inwiefern einzelne Diplomaten für das Ministerium als Ganzes standen. Damit verbunden war die entscheidende Frage, ob das AA von treibender Kraft bei der Umsetzung des Holocaust gewesen war oder nicht. Einen weiteren zentralen Streitpunkt bildete die Frage, wie schwer die oftmals verschwiegene braune Vergangenheit bundesdeutscher Diplomaten wiege und wie lange diese Vergangenheit im AA ausgeblendet, verfälscht und in ihrer Erforschung behindert worden sei. Nicht selten war die Wortwahl der beteiligten Akteure von bemerkenswerter Härte geprägt: Von einem »Buch der Rache« war die Rede, von minderwertiger »Tendenzliteratur« und purem »Etikettenschwindel«. »Massive Fehler« wollten kritische Fachkollegen festgestellt haben und empfahlen den verantwortlichen Autoren den neuerlichen Besuch eines historischen Proseminars oder warfen ihnen vor, herrschaftsfremde Hofgeschichtsschreibung zu betreiben und ein »skandalöses« Werk vorgelegt zu haben, das nur als »Geschichtspornographie« zu klassifizieren sei und sich in die Nähe von Propagandaschriften der DDR stelle. Auch die angegriffene Kommission und die ihr wohlwollenden Stimmen zeigten sich nicht zimperlich. Sie qualifizierten die gegen sie und das Werk gerichtete Kritik als Versuch, die Täter »zu entlasten«, als »Kampagne« und »gut orchestrierten Gegenangriff« von »frustrierten« oder »beleidigten« Historikern, um »das Werk zu ruinieren« und die Kommission zu »diskreditieren«; einzelne Wortmeldungen wurden als »ungehörig« und als »Zumutungen« qualifiziert, »die man »in Deutschland lange nicht mehr gehört« habe und mit denen Leser schlicht »manipuliert« würden.

Dies war umso überraschender, als die Debatte um »Das Amt und die Vergangenheit« anders als andere Zeitgeschichtskontroversen von Anfang bis Ende dezidiert über historiographische Fachprobleme ausgetragen wurde. Sie kreiste um die Zugänglichkeit und Interpretation von Quellen ebenso wie um methodische, forschungspraktische und wissenschaftsethische Fragen. Zugleich war sie allerdings in starkem Maße (geschichts)politisch eingefasst und griff in die Bewertung der deutschen Nachkriegsgeschichte und nicht zuletzt der mit der Chiffre »1968« verbundenen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik ein. Es war diese über den engeren Themenbereich des AA hinausführende und auf das Selbstverständnis der heutigen Bundespolitik bezogene Bedeutungsebene, die den Disput weit über die Historikerzunft hinaus in die Sphäre der politischen Kultur trug und Stil und Ton der Auseinandersetzung maßgeblich bestimmte.

Der vorliegende Band beansprucht, eine Dokumentation zu sein und keine Interpretation. Er versammelt die wichtigsten Debattenbeiträge, er gibt Hinweise für die Einordnung wichtiger Hintergründe und Kontexte, und er macht Vorschläge, wie die Debatte innerhalb der politischen Kultur und des Fachs verortet werden könnte. Von besonderer Bedeutung ist hierbei der Blick auf die Vorgeschichte, denn die Debatte um »Das Amt und die Vergangenheit« lässt sich nicht von den Ereignissen und Entwicklungen trennen, die zur Einsetzung der Historikerkommission führten. Am Anfang stand ein (geschichts)politischer Konflikt innerhalb des AA, der durch die Expertise der Historikerkommission befriedet werden sollte, genauer: eine Auseinandersetzung um die Würdigung verstorbener ehemaliger Amtsangehöriger mit NS-Vergangenheit. Der Konflikt um die Nachrufpraxis in der deutschen Diplomatie brach im Januar 2005 aus, ebte mit der Einsetzung der Historikerkommission im Juli desselben Jahres vorübergehend ab und flammte mit der Veröffentlichung des Schlussberichts im Oktober 2010 wieder auf. Auch wenn die sich dann entfaltende Debatte bei weitem nicht auf die Fortschreibung dieses Konflikts, der sogenannten Nachruf-Affäre, zu verkürzen ist, bezog sie doch ihre Grundstruktur und einen Teil ihrer Schärfe aus dieser Frontstellung. Die gedenkpolitische Auseinandersetzung des Frühjahrs 2005 innerhalb des AA war mehr als eine bloße Vorgeschichte der »eigentlichen« Debatte; sie lässt sich als ihr integraler Bestandteil lesen.